

Darmstädter Echo, 28. 5. 1973

„Schützenhilfe gegen die Partei“

SPD-Vorstand will Parteiverfahren gegen Kröhnke

(mg). Punkt eins der Tagesordnung bei einer Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Darmstadt-Eberstadt war dem „Fall Kröhnke“ gewidmet. Der Ortsvereinsvorstand hatte beschlossen, gegen Friedrich Kröhnke wegen parteischädigenden Verhaltens ein Parteiverfahren einzuleiten; die Mitgliederversammlung sollte Gelegenheit haben, dazu Stellung zu nehmen.

Ortsvereinsvorsitzender Hermann Ritter berichtete der Versammlung, daß der Unterbezirksvorstand der Darmstädter SPD als übergeordnetes Gremium den Fall übernommen habe und seinerseits das Parteiverfahren einleiten werde. Ritter erinnerte an die Bemühungen des Ortsver-

einsvorstands, mit Kröhnke ins Gespräch zu kommen, und gab einen Überblick über die gegen ihn erhobenen Vorwürfe. „Kröhnke hat sich wiederholt vorsätzlich grober und erheblicher Verstöße gegen die Grundsätze der Partei schuldig gemacht“, heißt es in der Begründung für das Verfahren, die Unterbezirksvorsitzender Heinz-Winfried Sabais gegen wird. Hermann Ritter las der Versammlung aus ihr vor.

Das Verfahren stützt sich hauptsächlich auf einen Leserbrief Kröhnkes, der gegen einen Aufsatz von H. W. Sabais gerichtet war. Ihm wird „herabsetzende, verleumderische Polemik“ zugeschrieben. Kröhnke habe der Darmstädter Studentenzeitung gegen die SPD Schützenhilfe geleistet, bediene sich kommunistischer Taktiken und habe sich schließlich in einem Aufsatz in der Juso-Zeitung „Rote Reihe“ gegen das Godesberger Programm der SPD gewandt, indem er die Wirtschaftsordnung der BRD als „verfassungswidrig“ verurteilt und sozialdemokratische Spitzenpolitiker, die sich zur Marktwirtschaft bekennen, als „Helfer des Großkapitals“ bezeichnet habe.

Zu einer Diskussion über den Fall Kröhnke kam es in der Versammlung am Freitag nicht. Die Mehrheit war dafür, erst Günther Metzgers Referat zum Grundvertrag zu hören, worauf Kröhnke mit etwa dreißig Sympathisanten den Saal verließ. In einer schriftlichen Erklärung Kröhnkes, die den Mitgliedern vorlag, heißt es: „Ich sehe ein, daß mein Leserbrief ein politischer Fehler war...“

